

der Beschaffung
ihre Fracht
stelle. Die
Lieferung, die
So habe man
sind für die
he. Die Ver
mitten zu be
en feilsche
um Besuch
Hinweis dar
(Hört! Hört!)
Beispiels we
as Verhalten
trauf betrie
der Verfü
sigen Ges
buches ständ
versprach. W
achstomme, w
hol bei den
weist gleich
geschändete
Internation
ehen haben,
ber aus Eng
ungen garm
laggebend se
t. (Hört! H
is, damit sie
unbesseren
Vorgesetzte,
ch einer ch
s. (Hört! H
ihre Pflicht
ung des mil
seinen An
Die Revision
den Offizier
angebracht. Z
demokrat" soll
ut sagen Kör
totkopf". (Ge
liegt, geht d
stau hatte. D
Möglichkeit
nicht an. Zu
gegen ihr
en, muß ich
roffessors R
Lehrerung
erde es zu
eine Beschr
en Fahnen
arter beschr
rochten Fälle
hängen mit
u. Straffe
unfere Mi
Ländern.
schliche K
nach.
Heeresst
halt. Es
unfere St
et nicht die
ar die Besch
en werden.
ater.
Saba". 32. B
Donna. Erm.
a Sevilla".
Strande". 3
ad erster St
Gew. Br.
zugunsten
in. Hiereich
Wale). 30
n Georg
Gew. Br.
unt". Gew.
Diener ge
t". Gew. Br.
ater
PEPI".
linass 7
yvirt.
ensting.
raki
ittumar
-Lanz.
a. Eintr
garten
Hüte
Mädchen.
ester-
en.
gasse 119
er Wache).

Abonnements:
Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Zustellung; durch die Post bezogen
in Selbstabholung vierteljährlich
2,55, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
Volksstimme, Frankfurt a. M.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanja 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spaltenbreite beträgt 15 Pfd.
bei Wiederholungsbett nach Text.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 5 Uhr in der Ex
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postcheckkonto 529.
Union-Druckerei u. Verlagshaus,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Kritisch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.
Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirch 49, Telephon 1036 — Expedition: Weiskirch 9, Telephon 3715.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler,
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 133 **Donnerstag den 8. Juni 1916** **27. Jahrgang**

Bewilligung der Kriegskredite.

Die Krise vor Verdun. — Mächtige Russenstürme.

Die Ernte der Volksvertretung.

Berlin, 7. Juni.

Im Parlamentsgebäude am Königsplatz steht man unter den Zeichen des Diskussionsstillstandes, morgen wird jedenfalls die Vertagung bis zum Herbst ausgeschrieben und vorgenommen werden. Nicht, als ob die Rede- und Protestierfreudigkeit darunter litten. Zur Kritik vieler Mängel im Felde und gestern und zur Ernährungsfrage dabei heute lange und wohlbegründete, sehr kritische und zum Teil sehr scharfe Reden fast von allen Parteien des Hauses gehalten worden, und die Forderungen der arbeitenden Frauen habe ich in einer langen Erklärung zum Etat des Reichsanwalts des Innern so kräftig und entschieden zusammenzufassen versucht, als es nur möglich war. Herr Helfferich als neuer Staatssekretär hatte offenbar keine große Freude an mir, hütete sich aber wohl, das heiße Eisen anzufassen und schmeißen. Aber so harmloslos alle großen Mängel in der inneren Regierungspolitik und Verwaltung mindestens von der Finke bloßgelegt wurden, das Haus und auch die eigenen Parteien der Redner bekundeten durch ihr Verhalten, daß die Entscheidung leider nicht im Reichstag fällt, weil wir kein parlamentarischer Ansehen haben. Es soll einmal ganz offen auf den Augenblicken gesagt werden, damit alle Illusionen aufhören: alle diese Reden wurden vor fast leerem Hause gehalten, und jeder Abgeordnete weiß, daß die Verwaltungsergebnisse des Reichstags und nicht der Reichstag, und weil der Exekutivkommissionen der Finke vollständig aus den Kommissionsverhandlungen bekannt sind. Wichtiger und noch wichtiger als je steht sich die Erkenntnis bei den Parteien durch: wir müssen bei der Vorbereitung und bei der Ausführung aller Maßregeln in den Gremien beteiligt sein und dort unsere Vertrauensleute bekommen, wie sie die Konservativen längst haben. Erst dann kann von einer ausreichenden Mitbestimmung der schaffenden Volksklassen in der Reichspolitik die Rede sein!

In der äußeren Reichspolitik ist eine gewisse Uebereinstimmung zwischen dem Willen der leitenden Stelle und dem des Volkes dadurch erzielt, daß der Reichskanzler wie die Massen draußen die annerkennungsfähige Schachmattpolitik abnimmt und persönlich bekämpft. Deshalb waren auch die Reden, in denen diese Uebereinstimmung zwischen Regierung und innerer Reichstagsmehrheit demonstrativ bekundet wurde, stoffliche Versammlungen, durch die ein Hauch der Freude und des Kampfes gegen den lauen mit Ungebuld erzeugten Uebermut der Rechten ging. Erst heute vormittag wieder beehrte diese gegen rechts gerichtete Stimmung bei Bewilligung der Kriegskredite das Haus. Doch der Kanzler gestern nach der meisterhaft klauen Rede Bestatung, daß die Rolle mit dem bekannten Manne verknüpft hatte, dessen Name Gasse ist und der von nichts weiß, den Konservativen wieder verführte, er würde ganz gern wieder mit ihnen Nahrung nehmen, wenn sie den unterirdischen Kampf gegen ihn aufgaben, und daß heute Gasse mehr als angekündigt von dem sich immer freierbakter abkühlenden Herrn Helfferich angereizt wurde, dem alle Mittel zu der Rolle fehlen, die er im Reichstag spielen zu wollen scheint. Das änderte alles nichts daran, daß die Reichsregierung im Gegensatz zu den alldeutschen Kriegstreibern eine Friedensregierung sein und bleiben und den Krieg lediglich zur Sicherung, nicht zur willkürlichen Vergewaltigung Deutschlands und seiner Verbündeten führen will. Diese Tatsache ist kulturell und politisch so wichtig, daß ich in dem einen Punkte dem Genossen Landsberg nicht zustimmen kann, der im übrigen den Sinn unserer Kreditbewilligung sehr gut und treffend darlegte. Er meinte, die Friedensstrategie sei jetzt auf einen toten Punkt angekommen. Das ist nur richtig mit Bezug auf unsere Kriegsgegnern. Es ist aber nicht richtig angesichts der fortgesetzten und verbürgten Bereitschaft der deutschen Regierung, der deutschen Sozialdemokratie und vieler Sozialisten für einen anständigen Frieden. Das ist der Gewinn für die auswärtige Politik, mit dem der Reichstag in der Vertagung geht.

Weniger gering ist die Ernte auf dem Ledlande der inneren Politik, die wir für die Sommerpause nach Hause bringen. Hier betriebs die gestrige zweite Erklärung des Reichskanzlers über seinen Vorstoß gegen die reaktionären Wählerkreise, daß er doch immer nicht über seine fast völlige Freude daran hinausbringen will, daß wir alle ohne Unterschied der Parteien gleichberechtigte Staatsbürger ohne nationale Wertunterschiede sein sollen. Gewiß, das war ein großer Fortschritt, aber er ist allein der vaterländischen Haltung der Volksmassen verdankt. Sie haben sich durch ihre unerschütterliche Opfer für die alldeutsche Verteidigung der Heimat jene Gleichsetzung wahrhaftig reich-

lich genug verdient. Allein dabei kann die Reichsregierung doch nicht stehen bleiben. Ganz hat sie dies auch nicht getan. Die Vereinseignenelle und die Zentralisation der Nahrungs-mittelversorgung waren kleine Fortschritte, die sie den schwertragenden Volksmassen zugestand. Uebrigens kommt es auch bei ihnen noch sehr darauf an, wie sie ausgeführt werden. Das muß abgeklärt werden. Das Kriegsernährungsamt insbesondere mit seinem neuen „Diktator“ Batocki hat, wie ich absichtlich wiederhole, noch immer die erste praktische Tat zu leisten. Und die Massen warten um so kritischer auf diese Tat, weil aus den Mitteilungen, die der liberale Bauernvertreter Dr. Böhmee soeben in seiner Rede zur Ernährungsfrage im Plenum machte, die interessante Tatsache hervorgeht, daß Herr von Batocki sehr umfangreicher ostpreussischer Gutsbesitzer ist und den Abschluß lukrativer Viehgeschäfte mit der Seereverwaltung durchaus richtig verstanden hat. Er ist nämlich mit dem Gutsherrn in Ostpreußen gemeint, über dessen Gewinne aus dem Viehgeschäft Herr Dr. Böhmee bemerkenswerte Mitteilungen aus der dortigen Bevölkerung erhielt und dessen Geschäftstätigkeit durch die Untersuchungen des Kriegsministeriums durchaus bestätigt wurden. An solchen Beispielen, die sich durchaus im Rahmen des Erlaubten abspielen und die gar nichts Ungewöhnliches an sich haben, wird von neuem klar gemacht, wie unendlich wichtig es ist, daß die Linke ihre Anklagen auf praktisches Beteiligte an der Ausführung aller Regierungsmassnahmen immer viel früher und kräftiger geltend macht, als bisher. Und wenn die Reichsregierung nicht ihrerseits endlich praktisch die Lenker so zu lockern versteht, wie es der Reichskanzler selbst für nötig erklärt hat, wenn sie nicht den sozialen Schutz für die umfassende und arbeitsbedingte Frauenerwerbsarbeit schafft, der uns die Kraft unserer Arbeiterinnen erhält, wenn sie endlich nicht im Geiste die unendlichen Offiziersprivilegien einschränken will, die so viel böses Blut draussen im Felde machen — dann werden die Versicherungen Bethmanns, daß sein Gera beiß für die neugetroffene Volksgemeinschaft schade, leider politisch unfruchtbar bleiben und ihn zum Kanzler der vollstündlichen Verbrüdungen und der ausbleibenden inneren Reformen machen!

Gewiß, es ist auf dem Felde der inneren deutschen Politik eine Riesearbeit zur Ausrottung von stöcklichen Dämonen zu leisten, die der alten Frucht Boden und Licht nehmen. Aber man hat doch für die Kriegspolitik die Befähigung des Vertrauens herbeigeholt. Worin sollte sie nicht auch für die innere Politik möglich sein, wo die Reichsregierung der festen und nachhaltigen Unterstützung durch Bürger und Arbeitermassen ganz sicher ist? Wir sind stolz darauf, in diesem fruchtbaren Jahre Korn und Futter, Frucht und Holz reichlich bestellt und beackert zu haben und hundertfältig in die Scheunen zu bringen. Es wird hohe Zeit, daß wir, die Reichstagsmehrheit und die Regierung gemeinsam, an die Ernte-ernte für die innere Politik herantreten. Sonst könnte der Segen der Ernte draussen durch das Ausbleiben der politischen Ernte drinnen zum Teufel gehen!

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 7. Juni. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zur Erweiterung des am 2. Juni auf den Höhen südlich von Ypern errungenen Erfolges griffen gestern ober-schlesische und württembergische Truppen die englischen Stellungen bei Souge an. Der vom Feind bislang noch ge-haltene West des Dorfes, sowie die westlich und südlich an-schließenden Gräben sind genommen. Das gesamte Höhen-gelände südlich und östlich von Ypern in einer Ausdehnung von über 3 Kilometern ist damit in unserer Besitz. Die eng-lischen blutigen Verluste sind schwer. Wiederrum konnte nur eine geringe Zahl Gefangener gemacht werden.

Auf dem westlichen Maasufer gingen abends starke französische Kräfte nach heftiger Artillerievorbereitung zu dreimal wiederholten Angriffen gegen unsere Linien auf der Caurettes-Höhe vor; der Gegner ist abgeschlagen, die Stellung lückenlos in unserer Hand.

Auf dem Ostufer haben die am 2. Juni begonnenen harten Kämpfe zwischen dem Gaillette-Wald und Damloup weitere Erfolge gebracht. Die Panzerfeste Baug ist seit heute Nacht in allen ihren Teilen in unseren Händen. Tatsächlich wurde sie schon am 2. Juni durch die erste Kompanie des Baderborner Infanterie-Regiments unter Führung des Leutnants Radow gestürmt, der dabei durch Pioniere der ersten Kompanie des Reserve-

Bionier-Bataillons Nummer 20 unter Leutnant der Reserve Ruberg wirkungsvoll unterstützt wurde. Den Erstürmern folgten bald andere Teile der ausgezeichneten Truppe. Die Veröffentlichung ist bisher unterblieben, weil sich in uns-unzugänglichen unterirdischen Räumen noch Reste der fran-zösischen Besatzung hielten. Sie haben sich nunmehr ergeben, wodurch einschließlich der bei den gestrigen vergeblichen Ent-satzversuchen Eingebachten über 700 unverwundete Ge-fangene gemacht, eine große Anzahl Geschütze, Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet wurde. Auch die Kämpfe um die Pänge beiderseits des Werkes und um den Höhenrücken südwestlich des Dorfes Damloup sind siegreich durchgeführt. Der Feind hatte in den letzten Tagen verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Fall der Feste und der anschließenden Stellungen abzuwenden. Alle seine Gegen-angriffe sind unter schwersten Verlusten fehlschlagen.

Neben den Baderbornern haben sich andere Westfalen, Lipper und Ostpreußen bei diesen Kämpfen besonders her-vortun können.

Seine Majestät der Kaiser hat dem Leutnant Radow den Orden Pour le mérite verliehen.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 7. Juni. (B. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Von stark überlegenen Kräften angegriffen, wurden unsere in Polkwnien an der oberen Putilowka kämpfenden Streitkräfte in den Raum von Lud zurückge-nommen. Die Bewegung vollzog sich ohne wesentliche Störung durch den Gegner. An allen anderen Stellen der ganzen Nordostfront wurden die Russen blutig abge-wiesen, so nordwestlich Maslowa am unteren Sibir, bei Beresjansk am Korminbach, bei Sapa-now an der oberen Strypa, bei Jaslowice, am Dnjestr und an der belarussischen Grenze. Nord-westlich Tarnopol gelang eine unserer Divisionen an einer Stelle zwei, an einer anderen sieben Angriffe zurück. Sehr schwere Verluste erlitt der Feind auch im Raume von Olna und Dobronoz, wo seine Sturmkolonnen vielfach in er-bittertem Handgemenge geworfen wurden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Asiago schoben unsere Truppen den Au-griff bei Cesuna fort und nahmen den Pusillo.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Krise von Verdun.

Mit Verpützung erfährt am Mittwoch der deutsche Tages-bericht: er meldete die Einnahme des Panzerforts Vauz. Seit dem 2. Juni steht eine deutsche Kompanie in dem Fort, aber Franzosen hielten sich noch in unterirdischen Räumen; seit der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ist die Feste „in allen ihren Teilen in unseren Händen“. 700 un-verwundete Gefangene wurden am letzten Tage noch gemacht, eine große Anzahl Geschütze, Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet, und dazu wurden die Kämpfe um die Pänge beider-seits des Werkes und um den Höhenrücken südwestlich des Dor-fes Damloup siegreich durchgeführt. Östlich und westlich der Maas alle Angriffe des Gegners abgeschlagen. Also hielten unsere Truppen fest, was sie haben und engen den Be-tregungsraum des Gegners systematisch ein.

Eben noch hatte die französische Regierung den Bataillonskommandeur Ratoul, „der das Fort Vauz mit un-verminderter Kraft verteidigt“, demonstrativ geehrt, ihn zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt. Der Leutnant Radow von Baderborn, der Führer der erobernden Kom-pagnie, ist vom deutschen Kaiser mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet worden: Radow kann nun seinen tapferen Gefangenen die Hand schütteln und ihm Mitteilung machen von der hohen Ehre, die einem wie dem anderen

zuteil wurde. Denn Natrial konnte davon noch nichts wissen und so sehr sein Amt Anerkennung verdient, so war es doch Briand nicht so sehr darum zu tun, Natrial zu ehren; das dringende Bedürfnis, politisch gut Wetter zu machen, leitete den französischen Ministerpräsidenten. Aber diesmal ist's ihm daneben gelungen. Abel Ferry, der von der Seerechtskommission der französischen Kammer zum Berichterstatter in der Geheimnissitzung über die Operationen vor Verdun bestellt wurde, ist zurückgetreten. Die Senjur erlaubt dem „Temps“ nicht, die Gründe mitzuteilen, sie sind indessen aus dem Kammerbericht ersichtlich, in welchem es heißt: Die Kommission hat von Briand und Moques das Versprechen erhalten, daß den Berichterstatter gewisse amtliche Dokumente zur Verfügung gestellt werden würden. Diese erhielt Ferry trotz aller Bemühungen nicht; er legte deshalb sein Amt nieder. Und nun konnte Briand nicht mehr herumkommen um die von ihm gewünschte Geheimnissitzung der Kammer, in der die Regierung Aufklärung geben muß. Der Abgeordnete Fabre lehnte in der Kammer Sitzung vom 6. Juni ab, in eine nachmalige Vertagung des von ihm gestellten Verlangens nach Aufklärung über die Vorgänge um Verdun zu willigen, denn eine neue Vertagung käme auf eine Vertagung auf unbestimmte Zeit hinaus. Das sei ein Verschleppungsverfahren das weder der Würde der Kammer noch der der Regierung entspreche. Entweder sei die Maßnahmen, die die Kammer verlangt, notwendig, nützlich und unerlässlich für die Verteidigung des Landes, und dann müssen sie unmittelbar durchgeführt werden, oder sie seien gegenstandslos und dann sei nur die Verhandlung im Plenum imstande, die verpöbete Atmosphäre zu zerstreuen. Verdun sei nicht alles, und wenn man das Argument des Ministerpräsidenten gelten lassen wollte, so wäre um jede Diskussion unterfugt bis zum Ende des Krieges. Man wolle wissen, ob die großen Verluste die das Meer bei Verdun erleide, die Folgen sind von Nachlässigkeit und Sorglosigkeit.

Und das verließ Briand der Mut, die Vertrauensfrage zu stellen. Die Kammer beschloß, die Interpellation Fabre am 16. Juni zu diskutieren, und zwar entsprechend der Geschäftsordnung in der Weise, daß die Kammer nach der Rede des Interpellanten und der Antwort des Ministerpräsidenten selbst zu entscheiden hat, ob sie die weitere Verhandlung in öffentlicher oder geheimer Sitzung fortsetzen will.

Soffen wir, daß die Verhandlung zur Einsicht führen wird, es sei genug Blut geflossen, Übergang Leben verloren gegangen, und Zeit, höchste Zeit, sich zur Aussprache über den Frieden bereit zu finden.

Bei Olna und Luck.

Ihren Erfolg bei Olna nördlich von Czernowiz haben die Russen nur zum Teil behaupten können, im Gegenangriff wurden sie aus Teilen ihrer neu gewonnenen Stellung vertrieben und durch eine gelungene Umgehung machten unsere Verbündeten noch 1700 Gefangene. Inzwischen ist der Druck gewaltiger russischer Kräfte jedoch auch zwischen Putzlawa und Luck so übermächtig geworden, daß unsere Verbündeten dort die Linien zurücknahmen und eine mehr nach dem Styr zu einnehmen. Der russische Tagesbericht vom 6. Juni endet: Auf der Front Bzpsch bis zur rumänischen Grenze bauen unsere Truppen ihren am 5. Juni erzielten Erfolg weiter aus. Bis jetzt stieg die Zahl der Gefangenen auf 480 Offiziere, 25 000 Mann; außerdem wurden 27 Geschütze, mehr als 50 Maschinengewehre erobert.

Deutsch-amtliche Darstellung der Seeschlacht.

Berlin, 7. Juni. (B. V. Amtlich.) Von englischer Seite wird in amtlichen und nichtamtlichen Presse Telegrammen und in Auslassungen, die von den englischen Missionen im neutralen Ausland verbreitet werden, in systematischer Weise der Versuch gemacht, die Größe der englischen Niederlage in der Seeschlacht vom 31. Mai in Abrede zu stellen und den Glauben zu erwecken, als sei die Schlacht für die englischen Waffen erfolgreich gewesen. So wird u. a. behauptet, daß die deutsche Flotte das Schlachtfeld geräumt, die englische es dagegen behauptet habe. Hierzu wird festgestellt: Das englische Gros ist während der Schlacht am Abend des 31. Mai durch die wiederholten wirkungsvollen Angriffe unserer Torpedobootsflotten

zum Abbrechen gezwungen worden und seitdem unseren Streikrößen nicht wieder in Sicht gekommen. Es hat trotz seiner überlegenen Geschwindigkeit und trotz des Anmarsches eines englischen Linienkreuzers von zwölf Schiffen aus der südlichen Nordsee weder den Versuch gemacht, die Fühlung mit unseren Streikrößen wiederzugewinnen und die Schlacht fortzusetzen, noch eine Vereinigung mit dem vorgenannten Geschwader zu der angestrebten Vernichtung der deutschen Flotte herbeizuführen.

Mit der weiteren englischen Behauptung, daß die englische Flotte vergeblich versucht habe, die fliehende deutsche Flotte einzubohlen, um sie vor Erreichung der heimlichen Stützpunkte zu schlagen, steht die angeblich amtliche englische Erklärung, nach der Admiral Jellicoe mit seiner großen Flotte bereits am 1. Juni in dem über 300 Meilen von dem Kampfplatz entfernten Stützpunkt Scapa Flow (Orkney-Inseln) eingelaufen sei, in Widerspruch. So haben auch unsere nach der Schlacht zum Nachtangriff nach Norden über den Schauplatz der Tageschlacht hinaus entlassenen zahlreichen deutschen Torpedobootsflotten von dem englischen Gros trotz eifrigem Suchens nichts mehr angetroffen. Vielmehr hatten unsere Torpedobootsflotten bei Gelegenheit, eine große Anzahl Engländer von den verschiedenen gesunkenen Schiffen in Fahrzeugen zu retten.

Als ein weiterer Beweis für die von den Engländern bestrittene Tatsache der Beteiligung der gesamten englischen Kampftruppe an der Schlacht vom 31. Mai wird darauf hingewiesen, daß der englische Admiralsratsbericht selber die „Marlborough“ als gesunkenes Schiff bezeichnet hat. Des weiteren ist am 1. Juni von einem unserer U-Boote ein anderes Schiff der „Arion“-Klasse in schwer beschädigtem Zustande der englischen Küstengewässer gesichtet worden. Beide vorgenannten Schiffe gehörten dem englischen Gros an.

Um die Größe des deutschen Erfolges herabzumindern, wird ferner von der englischen Presse der Verlust der zahlreichen englischen Schiffe zum größten Teil auf die Wirkung deutscher Minen, Unterseeboote und Luftschiffe zurückgeführt. Demgegenüber wird ausdrücklich betont, daß weder Minen, welche, nebenbei bemerkt, der eigenen Flotte ebenso gefährlich hätten werden können wie der feindlichen, noch Unterseeboote von unserer Hochseeflotte verwendet worden sind. Deutsche Luftschiffe sind lediglich am 1. Juni und zwar ausschließlich zur Aufklärung benutzt worden. Der deutsche Sieg ist durch geschickte Führung und durch die Wirkung unserer Artillerie- und Torpedostärke errungen worden.

Es ist bisher darauf verzichtet worden, den vielen angeblich amtlichen englischen Behauptungen über die Größe der deutschen Verluste entgegenzutreten. Die alte immer wiederkehrende Behauptung ist, daß die deutsche Flotte nicht weniger als zwei Schiffe der Kaiserklasse, die „Westfalen“, zwei Schlachtkreuzer, vier kleine Kreuzer und eine große Anzahl von Torpedobootszerstörern verloren habe. Die Engländer bezweifeln außerdem die von uns als verloren gemeldete „Pommern“ nicht als das aus dem Jahre 1905 stammende Linienschiff von 13 000 Tonnen, sondern als ein modernes Großkampfschiff desselben Namens.

Demgegenüber wird festgestellt, daß der Gesamtverlust der deutschen Hochseestreitkräfte während der Kämpfe am 31. Mai und 1. Juni sowie in der darauf folgenden Zeit beträgt:

Ein Schlachtkreuzer,
ein älteres Linienschiff,
vier kleine Kreuzer und fünf Torpedoboots.

Von diesen Verlusten sind in den bisherigen amtlichen Bekanntgaben als gesunken bereits gemeldet:

S. M. S. „Pommern“ (vom Stapel gelaufen 1905),
S. M. S. „Giesbaden“,
S. M. S. „Elbing“,
S. M. S. „Grauensloß“ und fünf Torpedoboots.

Aus militärischen Gründen ist bisher von der Bekanntgabe des Verlustes S. M. S. „Lützow“ und „Kost“ Abstand genommen worden. Gegenüber falschen Deutungen dieser Maßnahmen und vor allem in Abwehr englischer Regendenbildungen über ungeheuerliche Verluste auf unserer Seite müssen diese Gründe nunmehr zurückgestellt werden.

So machten wir uns denn auf den Weg. Als wir durch die Stadt fuhren, sah sie durchs Fenster des Wagens, als wolle sie einen Freund sehen und ihm Lebenswohl sagen. Jwanoff schloß das Fenster und zog die Gardine vor. Da setzte sie sich in eine Ecke und starrte uns an. Nun sah ich die Gardine hoch, um selbst hinauszusehen, in Wirklichkeit jedoch, damit sie einen Blick hindurchwerfen konnte. Allein sie blieb in ihrer Ecke und blickte sich auf die Lippen. Ich meinte, sie hätte sie blutig beißen müssen. Wir flogen in die Eisenbahn. Hier öffnete sie die Fenster des Abteils und deutete sich anbauend hinaus in den Wind. Nach der Vorfahrt darf das Fenster nicht geöffnet werden, doch Jwanoff schwand, und ich wagte nichts zu sagen. Nach einem Augenblick erklärte ich mich, trat zu ihr und sagte:

„Schließen Sie das Fenster, Frauentein.“
Sie gab keine Antwort, als hätte ich nichts gesagt. Nach einer Weile fügte ich hinzu:

„Sie werden sich erkälten, es ist recht kalt.“

Da wendete sie das Gesicht zu mir und schien erkannt zu sein. Nachdem sie mich angeschaut, lehnte sie sich wieder aus dem Fenster und sagte sanft: „Lassen Sie mich.“ Darauf lehnte sie sich wieder aus dem Fenster. Ich machte eine Gebärde und trat zurück. Sie war jetzt ruhiger geworden, schloß das Fenster und halfte sich in ihren Mantel, um sich zu wärmen, denn es war bitterkalt. Dann ging sie wieder aus Fenster und lehnte sich von neuem in den Wind. Ihre Prognose kehrte zurück. Sie begann sogar zu lachen und bot einen so angenehmen Anblick, daß ich sie hätte belächeln mögen, wenn die Bedröbde es erlaubte, um sie vor der Verbannung zu bewahren.

Als wir die Eisenbahn verließen, mußten wir mit der Traife (Schlitten) fahren. Jwanoff war total betrunken. Er mochte nur auf, um zu trinken, und schlief dann wieder ein. Schwankend stieg er aus dem Zuge, ließ sich in das Postgefährt fallen, streckte sich aus und begann sofort zu schlafen. Sie mußte sich nicht gerade bequem neben ihn setzen und war bemüht, ihn nicht zu berühren. Ich setzte mich neben den Aufseher. Ein kalter Wind tat sich auf, als wir abfahren, und ich froz selbst. Ich sah sie an: sie schüttelte sehr und hustete viel, und als sie das Taschentuch an den Mund führte, gewahrte ich Blut darauf. Ich sagte Jwanen, es war mir, als hätte ich einen Stich ins Herz erhalten.

„O Frauentein“, sagte ich, „ist es denn möglich? Sie sind krank! Und bei einem solchen Wetter reisen Sie! Es ist doch viel zu kalt!“ Sie warf mir einen Blick zu und wurde böse:

Beide Schiffe sind auf dem Wege zu ihrem Reparaturhafen verloren gegangen, nachdem die Verluste fehlerhaft waren, die schwerverletzten Schiffe schwebend zu erheben. Die Besatzungen beider Schiffe, einschließlich sämtlicher Schwerverletzten, sind geborgen worden.

Während hiermit die deutsche Verlustliste abgeschlossen liegt, liegen sichere Anzeichen dafür vor, daß die tatsächlichen englischen Verluste wesentlich höher sind, als auf unserer Seite auf Grund eigener Beobachtungen festgestellt und bekannt gegeben worden ist. Aus dem Munde der englischen Besatzungen stammt die Befundung, daß außer „Warspite“ auch „Princess Royal“ und „Birmingham“ vernichtet sind. Auch ist überflüssigen Nachrichten zufolge das Großkampfschiff „Marlborough“ vor Erreichung des Hafens gesunken.

Die Seeschlacht vor dem Tagerrat war und blieb ein deutscher Sieg, wie sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß selbst bei Zugrundelegung nur der amtlichen englischer Seite bisher angegebenen Schiffverluste einem Gesamtverlust von 60 720 deutschen Kriegsschiffen tonnen ein solcher von 117 750 englischen gegenübersteht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

333 englische Offiziere getötet.

London, 7. Juni. (B. V.) Unter den Offizieren, die in der Seeschlacht umgegangen sind, befanden sich die Kommandanten Horace Hood und Sir R. Arbuthnot. Von der Besatzung der Admiralschiffe wurden 333 Offiziere getötet und 24 verwundet. Von den Besatzungen folgender Schiffe sind alle umgekommen: „Indefatigable“, „Defence“, „Princess“, „Tipperary“, „Tribal“, „Romad“ und „Reliance“. (Zur Vollständigkeit haben deutsche Schiffe 175 Engländer getötet, wovon 173 sich auf den hier genannten Schiffen befanden.) Von den Schiffen „Queen Mary“, „Invincible“, „Hunt“, und „Arden“ (Schiff) werden 11 Mann als überlebend gemeldet. Ferner werden 25 als tot oder vermisst gemeldet. Ein Bericht der „Times“ aus Edinburgh besagt: Fast die gesamte Besatzung der deutschen Schiffe abgefeuert wurde, trotz die „Queen Mary“. Sechs Minuten nach Beginn des Kampfes rief eine Explosion das große Schiff auseinander und es versank.

Größe Dummheit und Gipfel des Ungeschicks.

London, 7. Juni. (B. V.) „Daily Mail“ schreibt: Die politische Abteilung der Admiralität behandelte die Veröffentlichung der Nachrichten über die Seeschlacht mit der größten Dummheit. Die deutsche Kampfbefehle vom Donnerstag, die sofort in alle Teile der Welt ging, wurde in England unterdrückt. Ihre Kenntnis der Tatsachen wurde England bis Freitagabend vorenthalten, wo ein kurzer flüchtig abgefaßter Bericht in einer solchen Form veröffentlicht wurde, daß er ein ungeschickter, unaufrichtiger Versuch anstalt, die Niederlage wegzuleugnen. Ein weiterer Bericht, der den ersten in einigen wichtigen Einzelheiten erheblich abänderte, wurde nach Rittersicht ausgeben, also zu spät, als daß er bis zum Morgen dem Publikum bekannt werden konnte. Danach behauptete die Admiralität schämerndes Schweigen bis gestern Abend. Der Gipfel des Ungeschicks wurde erreicht, als ein Churchill herausgab, um eine Erklärung über die Schlacht zusammenzubringen, die das Verbrechen am Samstag feierlich veröffentlichte. Es gibt viele Dinge, um deren Erklärung man diesen Herrn mit Zug und Recht ermahnen könnte, aber der Schlacht von Jütland gehört nicht dazu. Welchen Wert hat seine Behauptung, daß unsere Überlegenheit zur See in keiner Weise vermindert sei? Die Nation erinnert sich doch sehr an zu viele ähnliche prahlische Behauptungen aus der letzten Quelle, so an das Versprechen, daß die deutschen Schiffe wie Raketen aus ihren Häfen aufgeschossen werden würden und an Churchills Schwärme von furchterlichen Hornissen, die sofort und mit überlegener Stärke alle feindlichen Luftschiffe angreifen würden, die sich der englischen Küste näherten. Die Nation erinnert sich ferner der wenigen Meilen, die unsere Armee und Flotte in den Dardanellen von einem Sieg trennt haben, wie er noch nie erlebt worden wäre.

Seuileton.

Ein seltsames Mädchen.

Novelle von Korolenko.

Uebersetzt von H. Heise.

(Fortsetzung.)

Endlich wurde sie gebracht. Ich gewahrte ein blutjunges Mädchen, das mir fast als ein Kind erschien. Ihr blondes Haar war geflochten, und ein leichtes Rot lag auf ihren Wangen. Nachher unterwies mich sie, wie ich sie kleiden, fräulein, und sie tat mir so leid, so leid, daß ich es Ihnen gar nicht sagen kann. Es wurde beschlossen, ihre Sachen nachzuschauen. Nach der Vorfahrt waren wir verpflichtet, es zu tun.

„Wieviel Geld haben Sie?“ fragten wir sie. Man fand einen Rubel und zwanzig Kopeken bei ihr. Der „Alte“ nahm sie ihr ab. „Ich muß Sie bitten, Fräulein“, sagte er. „Wie Sie da erzieht! In ihren Augen flammt es, und ihre feinen Lippen verzogen sich böse. Wie sie uns ansah! Ich wagte nicht, mich ihr zu nähern. Der „Alte“ aber war schon ein wenig angegriffen und trat auf sie zu.

„Ich bin dazu gezwungen, ich habe Befehl“, sagte er. Da begann sie zu schreien und auch Jwanoff trat zurück. Sie stampfte mit den Füßen auf, sprach sehr schnell und ich muß gestehen, daß ich sogar nicht recht verstand, was sie sagte. Auch der Direktor des Gefängnisses war erschrocken und brachte ihr ein Glas Wasser.

„Beruhigen Sie sich“, sagte er zu ihr, „haben Sie Mitleid mit sich selbst.“

„Barbaren seid ihr, Sklaven!“ schrie sie, und stürzte sich auf ihn. Und sie fügte noch viele andere böse Worte hinzu. Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen, aber einem Chef gegenüber war das nicht sehr klug gehandelt. Kurz und gut, wir haben sie nicht distanziert. Der Direktor führte sie mit einer Aufseherin in ein anderes Zimmer und fast im gleichen Augenblick kamen sie auch schon wieder heraus.

„Sie hat nichts“, sagte er.

Sie währte ihn keines Blickes. Ein ironischer Zug lag auf ihrem Antlitz, und ihre Augen hatten einen bösen Ausdruck. Jwanoff wiederholte ein über das andere Mal: „Das ist nicht geschicklich! Ich habe Befehl.“ Doch der Direktor schenkte ihm gar keine Beachtung.

„Was ist Ihnen denn? Sie sind wohl bloßförmig! Begrüßen Sie denn nicht, daß ich nicht aus freien Stücken reise? Das ist gut“, fügte sie hinzu. „Selbst bringt er mich fort, und dann will ich mich noch bedauern!“

„Sie hätten den Direktor benachrichtigen und ins Hospital gehen müssen, anstatt bei einer solchen Nichte zu reisen“, antwortete ich. „Sie haben noch einen langen Weg vor sich.“

„Wohin bringen Sie mich denn?“ fragte sie. Ich muß bemerken, daß es uns streng verboten ist, den Verbrechen mitzuteilen, wozu sie verbannt werden. Sie sah, daß ich verwirrt war und wendete sich um: „Sie dürfen nicht reden, so müssen Sie es eben lassen. Aber dann fangen Sie auch nicht an.“

Da konnte ich mich nicht mehr bederrücken und sagte:

„Jedenfalls ist das Ziel Ihrer Reise sehr weit!“

Sie schmolzte, zuckelte die Brauen und schrie:

„Fräulein“, sagte ich und schüttelte den Kopf. „Sie sind ja und wissen nicht, was das bedeutet.“

„Da sind Sie im Verstum“, antwortete sie, und sah mich an.

„Ich weiß recht gut, was es zu bedeuten hat. Doch ins Hospital mag ich nicht gehen. Nein, ich danke schön, ich will lieber in der Freiheit sterben als in Ihrem Gefängnis-Hospital. Sie meinen gewiß, ich sei durch den Wind oder infolge einer Erkrankung krank geworden. O nein.“

„Haben Sie Verwandte dort?“ Ich fragte dies, weil sie sagte, sie wolle sich dort „bei den Ihren“ pflegen.

„Nein“, erwiderte sie. „Ich habe weder Verwandte noch Bekannte dort. Die Stadt ist mir völlig unbekannt, aber wahrscheinlich sind Deportierte da wie ich, Genossen.“

Ich wunderte mich, daß sie fremde Menschen die Ihren nannte, und sagte mir: „So ohne Geld und ohne Bekannte, wer soll sie ernähren?“ Doch ich fragte sie nicht danach.

Am Abend türmten die Wolken sich auf, und es begann zu regnen. Da sah ich, daß der Schmutz auch nicht gerade trocken geworden, doch noch dem Regen war die Landstraße wie aus Glatteis. Ich war auf dem Rücken ganz von Rot bespritzt, und das Innere meines Kleides war auch ganz rot. Auch das Wetter war für ihren Zustand nicht günstig, wie nur möglich. Obgleich der Schmutz verdeckt war, schloß ich mich doch dem Gesicht. Ich brauchte eine Mütze, die sie, doch der Schmutz war ungenügend, denn von allen Seiten ließ das Wasser herab. Ich betrachtete sie: sie dachte am ganzen Körper. Ihre Augen waren geschlossen, der Atem riefte ihr über das Gesicht und

Friedens- und Kriegsstimmen französischer Sozialisten.

In der neuen Wochenchrift der französischen Arbeiter, „Populaire“ (Nr. 2, 7. Mai 1916), nimmt die Redaktion Stellung zu den Kriegsstimmen. Sie erklärt: „Im Manifest der Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 1. Mai wird unter anderem gesagt, daß es Elemente in der Internationale gibt, die für einen Frieden um jeden Preis sind und vor dem Abschluß des Krieges wollen.“ Wenn sich diese Behauptung auf die französische Arbeiterbewegung beziehen wollte, so ist es sehr bedauerlich. Guymans müßte doch besser informiert sein. Die Redaktion führt sodann wörtlich fort:

Die französische Arbeiterbewegung war nie für einen Frieden um jeden Preis. Dies geht aus dem Bericht hervor, den der französische Verband von Saint-Pierre, der Urheber der Arbeiterbewegung, im Monat Mai 1915 veröffentlicht hat. Er wurde dort gesagt: „Im Interesse des Sozialismus, der Arbeiterklasse und unseres Vaterlandes wünschen wir den Abschluß des Krieges. Wohlverstanden: wir verlangen nicht den Frieden um jeden Preis. Wir schlagen z. B. nicht vor, daß wir Belgien und die besetzten französischen Gebiete ihren Schicksal überlassen sollte. Wir sind nicht für einen demütigenden Frieden. Auch in dieser Beziehung lehnen wir das extreme ab. Wir verlangen nur von der Partei, daß sie Friedensvorschläge, von wo sie auch kommen mögen, ein aufmerksames Ohr leiht, wobei selbstverständlich die Unversehrtheit des belgischen und französischen Gebietes bei den grundsätzlichen Unterhandlungen nicht in Frage gestellt werden darf.“

Die Redaktion erklärt ferner, daß die französische Arbeiterbewegung nicht die Pflicht hat, die Zimmerwalder Politik zu verfolgen, der sich die Arbeiterbewegung nicht angeschlossen hat; aber auch die Zimmerwalder Linie ist für einen Frieden um jeden Preis nicht zu haben. Die Arbeiterbewegung ist der Ansicht, daß der Friede nur dann dauerhaft sein kann, wenn er keine Verletzung der Rechte und Freiheiten der Völker einschließt. Ein derartiger Friede darf weder offene noch verdeckte Annexionen einschließen, ebenso wenig darf er das Selbstbestimmungsrecht der Völker angreifen.

Am 26. Mai 1916 erlebte die französische Kammer eine stürmische Sitzung. Die Zimmerwalder Alexander Blanc und Raffin-Dugens waren auf der Tribüne, um die Regierung zu interpellieren: Blanc über das Verbot von Gewerkschaftsversammlungen, auf deren Tagesordnung die Frage der Lebensmittelpreiserhöhung stand. Ihm antwortete der Minister des Innern Malin, der das Verbot rechtfertigte, indem er auf die absolute Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der nationalen Einheit und des sozialen Friedens hinwies. Er werde auch fernerhin so handeln und das Wort und jede Aktion verbieten, die die Einheit und die soziale Widerstandskraft schwächen könnten.

Die Kammer billigte die Haltung Malins mit 376 gegen 21 Stimmen. Sodann kam Raffin-Dugens an die Reihe, um die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Rede Poincarés zu lenken. Er stellte sie in einen Gegensatz zur Rede Grey in der englischen Unterhaus. Diese sei dem Frieden günstig, aber ungünstig gewesen.

Blanc: Ich wünsche, daß die Interpellation zurückgezogen wird, bis die bereits vorliegenden Interpellationen erledigt sind. Raffin-Dugens: Ich verlange den sofortigen Eintritt in die Verhandlungen über meine Interpellation. Die Angelegenheit ist dringend. Sir Edward Grey's Rede im englischen Unter-

haus ist geeignet, uns dem Frieden näher zu bringen, während die Rede des Präsidenten der französischen Republik in Nancy eher geeignet ist, den Frieden zu verschleiern.

Kammerpräsident: Ich mache den Abgeordneten Raffin darauf aufmerksam, daß er in eine Diskussion über diese Frage nicht eintreten darf.

Raffin-Dugens: Ich möchte die Notwendigkeit einer sofortigen Diskussion begründen. Die zwei Gruppen der Nationen sind übereinander hergefallen. (Lebhafte Ausrufe rechts und in der Mitte.)

Kammerpräsident: Ich kann Ihnen nicht gestatten, auf diese Frage einzugehen. Ich warne Sie zum ersten Male.

Abg. Outry: Die Worte, die Raffin soeben ausgesprochen hat, sind unerschöpflich. Wir verlangen eine Berichtigung.

Kammerpräsident: Ich begreife Ihre Empfindungen. Ich glaube, Sie beziehen sich auf die Worte des Redners: „Die Völker, die über einander hergefallen sind.“ Wenn es einem Franzosen einfallen sollte, anzunehmen, daß die Kriegsherausforderung nicht einzig und allein von Deutschland gekommen sei, so wäre dies ein empfindlicher Fehler (pensez saeris), den alle Franzosen brandmarken müßten. Wenn ich diese Worte nicht lobte, so geschah das nur deshalb, weil ich nicht annehmen konnte, daß ein Franzose sich einer derartigen Handlungsmasse schuldig machen würde. (Lebhafte Ausrufe links und in der Mitte.) Herr Raffin-Dugens, ich warne Sie zum letzten Male. Falls Sie fortfahren, so werde ich die Kammer verlassen.

Raffin-Dugens: Sie machten die Bemerkung, daß ich gesagt habe, die Völker wären übereinander hergefallen. Ich habe aber nicht sagen wollen, daß Frankreich über Deutschland hergefallen sei. (Unterbrechungen auf verschiedenen Bänken.) Ich habe oft behauptet, daß die Völker, betrogen durch mehr oder weniger schlechte Regierungen, an den Abgrund geführt worden seien. Es gibt unter uns keinen, der die herrschenden Klassen Deutschlands scharfer brandmarkt als ich.

Abg. Auglé: Confi: Man muß die Handlungen des deutschen Volkes brandmarken.

Raffin-Dugens: Ich appelliere an das Wohlwollen und an die Kameradschaft, die die Kammer mir immer entgegengebracht hat, die Angelegenheit ohne Leidenschaft zu behandeln. Ich glaube, daß die Interaktion und die beiden Seiten des Friedens herbeiführen könnten. Ich erlaube den Ministerpräsidenten, mir zu gestatten, meine Interpellation zu entwideln.

Der Kammerpräsident befragte sodann die Kammer, die für eine Zurückstellung der Interpellation stimmte.

Wie der parlamentarische Berichterstatter der „Bataille“ mitteilt, waren die Proteste gegen Raffin-Dugens allgemein und steigerten sich oft zu wahren Stürmen. Es ist daher auch zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Freunden Raffin-Dugens und dem Kammerpräsidenten gekommen.

Im Arbeiterorgan „Midi Socialiste“ schrieb am 15. April der sozialistische Abgeordnete Alexander Borene:

„Die so tüchtige und in mancher Hinsicht so geschickte Rede des Reichstagsredners Bethmann-Hollweg forderte eine schnelle und vollständige Antwort heraus. In sehr glühender Weise hat der englische Ministerpräsident die Gelegenheit des Empfanges der französischen Parlamentsdelegationen ausgenutzt, um diese erwartete Antwort zu geben, die so klar und kräftig wie nur möglich ausgesprochen ist. Begründet der deutsche Behauptung, die vom deutschen Kaiserreich als einem im Verteidigungszustand sich befindlichen Lande spricht, und es sogar wagt, es als den Beschützer der unterdrückten Nationalitäten hinzustellen, stellt zugleich die nachdrückliche Behauptung der Alliierten auf, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich zu machen ist, und daß letzterer den Zweck verfolgt, die Freiheit der Nationen durch die Zerstörung des europäischen Militarismus zu sichern. Was die Verantwortung für den Krieg anbelangt, so sind wir wirklich in keiner Verlegenheit darüber. Um unsere letzte Licht zu setzen, genügt es, bloß daran zu erinnern, welche Sprache die leitenden Persönlichkeiten und die Vertreter der gesellschaftlichen Meinung in Deutschland zu Beginn des Krieges führten. Die Sitzung vom 4. August 1914, auf der Herr Bethmann-Hollweg das zynische Bekenntnis von den Absichten Deutschlands ablegte und die über alle Verträge sich hinwegsetzende brutale Macht

Sie sprang auf und sah uns hier im Gesicht. Ihr Bild war sogar furchtbar. „Neiglinge seid ihr!“ sagte sie und fügte einige unverständliche Worte hinzu. Obwohl wir sie nicht verstanden, schen wir doch, wie wütend sie war. „Nun, macht, was ihr wollt!“ erklärte sie. „Ihr könnt mich quälen, so viel ihr Lust habt — ich teile!“

Die Teemaschine stand auf dem Tisch, doch sie hatte noch nichts getrunken. Ich und Ivanoff hatten uns Tee bereitet, und ich schenkte auch ihr ein. Wir hatten Weißbrot, und ich schnitt ihr davon ab.

„Essen Sie, bevor wir aufbrechen“, sagte ich zu ihr. „Dann wird Ihnen wärmer.“

Sie nahm ihre Heberstange und wendete sich zu mir, sah mich erkundend an und sagte abschließend:

„Was ist das eigentlich für ein Mensch? Man sollte meinen, Sie wären einfach verrückt. Denken Sie denn, ich würde Ihnen Tee trinken?“

Wahrscheinlich Sie sich aus, wie verlegend das für mich war. Noch jetzt schlingt mir das Herz, wenn ich daran denke. Sie befaß eine andere Teemaschine auf einem anderen Tisch zu stellen, und für den Tee bezahlte sie das Dreifache wie wir. Welch ein seltsames Mädchen!

Der Erzähler schämte sich, und eine Weile wurde es wieder still in der Kabine.

„Sie schlafen nicht?“ fragte ich Gavrilloff.

„Nein.“

„Bitte, fahren Sie fort, ich höre zu.“

„Ihre Augen brennen, ich habe Scherereien“, begann er wieder. „Unterwegs regnete es die ganze Nacht. Es war ein schreckliches Wetter. Ein Fußgänger ging durch den Wald. Ich sah das junge Mädchen nicht, doch Sie können mir glauben, sie stand mir so deutlich vor Augen, daß ich sie noch heute beständig vor mir sehe. Sie starrte vor Angst und blühte zum Himmel — sie hing den Gedanken nach, die ihren Geist bewegten. Als wir die Poststation verließen, wollte ich sie mit dem Tulip (Schafspeiß der Romer) grüßen.“

„So ist's wärmer“, sagte ich zu ihr.

Sie aber blieb ihr zurück.

„Es ist Ihre Tulip, und Sie müssen ihn auch tragen.“

Er gehörte mir allerdings, doch ich erriet ihre Gedanken und sagte:

„Nein, er gehört nicht mir. Ein Tulip ist für Sie, das ist Vorzeichen.“

Da hüllte sie sich darin ein. Sobald der Tag graute, mußte ich sie — sie war gar nicht wiederzuerkennen. Als wir die letzte Station verließen, befaß sie Ivanoff, sich zum Aufsteher zu setzen. Er murmelte, doch gehorchte er. Jetzt war er nicht mehr so betrunken.

„Ich fühle mich zu ihr. Seit drei Tagen reisten wir schon, ohne irgendwo anzuhalten. Denn erstens sagt die Vorchrift, nirgends Halt zu machen, selbst nicht zum Schlafen, und in Fällen großer Ermüdung nur in Städten zu rasten, wo Wächter sind. Was das für Städte sind, wissen Sie ja wohl selbst. Dann auch trieb uns das junge Mädchen an, denn sie wollte so bald als möglich am Ziel anlangen.“

(Schluß folgt.)

berherrschte, die Sozialisten eines Maximilians haben, die annerkennungsfähigen Deklarationen der politischen Parteien in Deutschland, was alles würde auch ohne die vielen, den politischen Dokumenten entnommenen Beweise genügen, um die schreckliche Verantwortlichkeit des deutschen Kaiserreichs durch einen unaufrichtigen Zug zu steuern. Sie hat aber auch die Schuld Deutschlands am Weltkrieg liegen mag, so ist immerhin geboten, daß alle diejenigen, die im Namen der alliierten Völker reden, immer wieder jede neue Gelegenheit ergreifen, um der Welt in Erinnerung zu rufen, woran das Verbrechen begangen, und wie Europa in das tragische Abenteuer seiner Geschichte gestürzt hat.

Und weil die Welt ihr Ziel nicht erreichte, weil Deutschland den Anprall seiner Truppen mitten in die Welt aufgeschoben hat, weil es seinerseits den Tag aufzusuchen steht, an dem es dem Trude seiner Feinde wird nachgeben müssen, so wird es suchen, die drückende Last seiner Vergehen von sich abzuwälzen. Seine Regierung muß zunächst der Welt, und dann ihrem Volke vorliegen. Und seit dem Monate Dezember 1914 verurteilte der Ministerpräsident Wilhelm II. die Rollen zu vertauschen und den Angreifer als Opfer hinzustellen.

Laßen wir uns nicht davon täuschen, immer von neuem das zu wiederholen, was von nun an zur geschichtlichen Wahrheit geworden ist und das Brandmal der Niedertracht an der Stirn des kaiserlichen Deutschlands tief eingegraben.

Auch diese Stimme geben wir wieder lediglich zum Zweck, damit die Leser ein zutreffendes Urteil über die Ansichten in der französischen Arbeiterbewegung bilden können.

In derselben Zeitung vom 21. April sagt der sozialistische Abgeordnete S. Aurial (Sainte Geronne):

„Es lebe der Friede! Aber wann? Heute? Sollen wir uns reumütig als Schuldige vor dem siegreichen Angriff und der selbstherrlichen Gewalt verbeugen? Sollen wir unsere Abhängigkeit vom 4. August, durch die wir das bedrohte Vaterland verteidigten, jetzt verleugnen? Sollen wir ein französisches Dementi den rühmenden Worten des heroischen Kriegeres erteilen, der dem Kaiser ins Gesicht schreit: „Sie haben den Krieg gewollt!“ Sollen wir durch unsere Kapitulation dem Kaiser Recht geben, der den Krieg wählte, um seinen ungerathenen und bedrückenden Willen den freien Völkern aufzuzwingen? Nein! Nicht jetzt! Keinen Frieden der Besiegten durch die Gewalt! ... Solange das deutsche Volk noch von Siegen und Lügen betrunken ist, solange es nicht durch Leben beweist, daß es entschlossen ist, den militärischen Despotismus zu zerbrechen, so müssen wir und unsere Regierenden den Geist und die Waffen des Feindes brechen. Machen wir den Krieg! Den Krieg im wahren Sinne des Wortes. Es wurden bei uns Fehler begangen; aber schieben wir diese Mißrechnung auf später auf. Aber (senforliche). Verhindern wir die Wiederholung ähnlicher und so teuer Opfer. Wir müssen die Anstrengungen der Alliierten regeln, reiflich die Offensive vorbereiten und dann mit aller Kühnheit vorgehen. ... Sollen wir, daß die Konferenz der Alliierten es verstehen werde, auf diese Weise die letzte Schlacht zu organisieren. Wir sagen der Regierung: Ihr habt 20 Monate Zeit gehabt, den Krieg zu studieren und vorzubereiten: Ihr habt noch einige Monate vor dem Winter, um zu siegen. Führt Krieg!“

Der „Midi Socialiste“ gehört zur Opposition innerhalb der französischen Partei. Das obige Beispiel aber zeigt, wie lächerlich die Versuche sind, bei der deutschen und französischen Arbeiterbewegung gleiche Anschauungen zu finden.

Die Entente und Griechenland.

Kürzlich hat General Sarraïl, als sei er die rechtmäßige Obrigkeit über sich, in erobertem Lande, nuzerhand über Salonik den Belagerungszustand verhängt und viele griechische Beamte zwangsweise fortgeschickt. Außerdem fordert er, die griechische Regierung solle den Oberst Mesjalia und zwei andere Offiziere aus Salonik abberufen. Die Regierung weigert sich dessen, sie soll zur völligen Unterwerfung gebracht werden durch die gestern schon mitgeteilte Verhängung der Blockade. Nicht nur hält die Entente alle Schiffe gewaltsam fern von den Küsten Griechenlands oder mindestens von einem Teil der Küsten, sondern es darf auch kein griechisches Schiff die hellenischen Häfen verlassen. Also Aushungerung soll neben Militärgewalt auch hier als „Mittel zur Unterwerfung“ dienen. „Secolo“ zeigt sogar an, es würden Frankreich, England und Rußland in Folge des deutsch-bulgarischen Vormarsches auf griechischem Gebiete „energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der griechischen Verfassung ergreifen“; das habe in Athen lebhafteste Bewegung hervorgerufen.

Und so etwas hat sich ereignet über Deutschlands Marsch durch Belgien!

Der türkische Tagesbericht.

Der gestern im Depeschenteil gedruckte Bericht zeigt, daß die Türken an der Kaukasusfront und in Kadscharien bis nach Persien hinein die Russen nicht nur aufhalten, sondern in Teilabschnitten sie bereits zurückdrängen. Die Vertreibung der Russen vom Koseberg und dessen Befestigung durch die Türken ist ein taktischer Erfolg. Der türkische Bericht vom 7. Juni lautet: In der Frontfront ereignete sich auf dem rechten und linken Flügel nichts von Bedeutung. Im Zentrum vertrieben wir den Feind von neuem aus einigen Stellungen und schlugen ihn weiter nach Osten zurück. Wir erbeuteten Maschinengewehre, eine Menge Waffen und 2000 Russen Infanteriemunition. Ein feindlicher Monitor beschoss ein Dorf an der Küste der Insel Keusien und zerstörte zwei Flugzeug teilsweise. Wir vertrieben durch unser Feuer ein Häufiger, das über dem dortigen Gewässer flog. Sonst nichts von Bedeutung.

Vermischte Kriegsnachrichten.

In einer Geldstrafe von 15.000 Mark wurde gestern der Händler L. Wenzel (Berlin) verurteilt, weil er bei Metalllieferungen in 60 Fällen die festgesetzten Höchstpreise in verschiedener Form überschritt.

Der frühere italienische Unterstaatssekretär Cortese, jetzt Sergeant bei der Festungsartillerie, wurde wegen Unterschlagung militärischer Papiere verhaftet.

„Kain“ vom 2. Juni berichtet vom englischen Redakteur: Nach dem „Manchester Guardian“ hat kürzlich ein Dampfer, der von Sunderland abging, alle Kohle, was Frost anlangt, geschlagen. Er führte eine Ladung von 3000 Tonnen Kohlen von dem Tanne nach Genua. Der Preis des Transports war 5 Pfund (125 Frs.) per Tonne. Vor dem Krieg war der Preis 5 Schilling (6,25 Frs.).

Die Londoner „Times“ meldet: Die Regierung beschäftigt sich mit der Frage der Fleischversorgung. Die Kritik ist so laut geworden, daß in den Kreisen des Reichshandels die Meinung weit verbreitet ist, daß die Regierung die Kontrolle über diesen Bereich übernehmen müsse. Es würde sich hauptsächlich um eine Kontrolle über die Produktion und Verteilung des inländischen Fleisches handeln, da das eingeführte gefrorene Fleisch größtenteils an die Armee geht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juni.

Der Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, desgleichen in dritter Lesung das zur Ausführung der Kriegsschadengesetze dienende Gesetz, die Resolution, die vorsieht, eine Kommission aus Abgeordneten und Sachverständigen einzusetzen zur möglichst baldigen Nachprüfung von Verträgen mit Kriegsgesellschaften.

Es wird darauf die

Dritte Lesung des Etats

fortgesetzt, und zwar wird zunächst der Etat des Reichsjustizamts genehmigt. Genehmigt werden auch die Etats des Reichsschatzamts, des Reichsfinanzamts, des Reichsrechnungsbüros und des allgemeinen Reichsrechnungsbüros.

Beim Etat der Post- und Telegraphenverwaltung tritt der Abg. Dubisch-Ober-Barnim (Kortisch, Sp.) für Erhöhung der Kriegszulagen für die unteren Beamten und Vermehrung der etatsmäßigen Stellen ein.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.

Abg. Kunert (Sog. A.): Die Reichsdruckerei brüdt die Löhne. Das ist nicht nur beschämend, das ist schamlos. (Präsident Dr. Kaas: ruft den Redner zur Ordnung.) Ihre Rednerei schadet den Arbeitern nicht ein Verstoß gegen die Gesetze, ganz abgesehen von der eminent menschlichen Seite der Sache. Den verarmten Soldaten wird ihre geringe Rente auf die Löhne angerechnet. Wir müssen die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, baldigst zu heilen suchen.

Staatssekretär Kräfte: Ich kann augenblicklich nicht nachprüfen, ob in der Reichsdruckerei so verfahren wird. Selbstverständlich wäre dies unzulässig, und ich werde sofort Remedur einleiten lassen.

Der Etat der Reichsdruckerei wird bewilligt.

Beim Etat der Reichseisenbahnen wünscht Abg. Werner-Hersfeld (Dijde, Pratz), daß bei der Vergebung von Eisenbahnbeschlüssen auf ihre persönlichen Verhältnisse genommen werde.

Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird gleichfalls unbedenklich angenommen.

Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion.

Abg. Ober (Sog.): Ueber die Stellung meiner politischen Freunde zum Etat habe ich folgendes auszuführen: Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf des Etats für 1918 enthält unter den Einnahmen den Betrag von 480 Millionen Mark aus Kriegseinnahmen. Gemäß der vom Reichstag beschlossenen neuen Steuergeetze und deren Einwirkung in den Etat, wird nicht nur der Betrag von 480 Millionen, sondern ein voraussichtlich weit höherer Betrag aus den Erhöhungen der Post- und Telegraphengebühren, des Grunderwerbssteuers, ferner aus der Voreinkommensteuer, schließlich aus der vermehrten Tabaksteuer eingebracht werden.

Meine Fraktion hat diese neuen Steuern abgelehnt, weil sie Handel und Verkehr und Verbrauch schwer belasten würden. Die Aufnahme dieser neuen Steuern in den Etat veranlaßt uns, diesem Etat unsere Zustimmung nicht zu geben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratische Partei hat schon in der ersten Zeit des Krieges die Forderung erhoben, daß die Kriegseinnahmen zur Deckung der Kriegskosten im weitesten Maße herangezogen werden müssen. Die lange Dauer des Krieges gebot, außer dem im Kriege gewonnenen Gewinn den Besitz im allgemeinen Einkommen und Vermögen, für die Ordnung der Reichsfinanzen in Anspruch zu nehmen. Der Herr Reichsfinanzminister hat hier wiederholt die Opferfreude des deutschen Volkes gepriesen. Auch gestern hat er in freudigen Worten auf den Opfermut unseres Volkes hingewiesen. Bei den neuen Steuergeetzen ist leider nicht nach diesen Worten gebandelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Witten im schweren Existenzkampf des deutschen Reiches waren einzelne Schichten der Bevölkerung in der Lage, sich zu bereichern und oft ohne irgendwelche wirtschaftliche Bemühungen große Kapitalien aufzubauen. Der Krieg, der die soziale Gerechtigkeit hätte entwickeln sollen, hat

Triumphe der Selbstsucht

gezeugt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Stattdessen müssen meiste Kreise unseres Volkes ganz außerordentliche Opfer bringen. Zahlreiche Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte erleiden schwere Einbußen, und die große Masse der Unbemittelten wurde von der Not der Zeit aufs äußerste bedrückt. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es wäre in dieser Lage unerträglich, wenn das Volk gezwungen wäre, durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Volksteile von neuen Steuerlasten zu befreien. Schon deshalb durften auch keinesfalls neue Steuern und Verbrauchssteuern vorgeschlagen und beschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die verbündeten Regierungen haben aber hartnäckig an dem partikularistischen Gedanken festgehalten, der dem Reich die

Verzehrung des Vermögens und des Einkommens

zu den Reichsfinanzen vernichtet. Sie sträuben sich gegen die Absicht, den alten und veralteten Steuern, (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll da im Volke Vertrauen erwachen auf eine gerechtere Verteilung der Lasten, bei den in Zukunft noch zu erwartenden weit größeren Steuerlasten des Reiches, wenn sogar innerhalb der Kriegszeit so schroffe Annahmen gemacht werden, wie sie in den neuen Steuer- und Verbrauchssteuern enthalten sind! Durch diese Steuern wird nach unserer Überzeugung nicht nur ein verhängnisvoller politischer Fehler begangen, sondern auch eine schwere Ungerechtigkeit gegen das Volk, das so viele Opfer gebracht hat und jeden Tag noch bringt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es kommt hinzu, daß in der inneren Politik die notwendige

Herderungen politischen und sozialen Fortschritts

unberücksichtigt bleiben. In den ersten Perioden des Krieges konnte noch mit einem Schein von Gerechtigkeit gesagt werden, daß ein Auslaß der politischen Zustände mitten im Kriege allzu große Schwierigkeiten bereite. Aber der Krieg dauert 22 Monate, und in so langer Zeit wäre es sehr wohl möglich gewesen, die Bahn zu neuen Frei zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Raum eine Fessel veralteten Volkseigentums ist gelöst, und noch immer verläutet nichts von der Reform des Klassenwahlrechts in Preußen und in anderen Bundesstaaten. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Gebiete der

Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln

hat man nicht die Entschlossenheit aufgebracht, die zur Sicherung der Ernährung und zum Schutze gegen Auswucherungen notwendig ist. (Sehr richtig!) Die Energie, mit der man auf dem Gebiete der

Veranschaffung, Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln vorgehen mußte, betätigt man auf dem Gebiete des

Belagerungszustandes und der Zensur.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Statt durch Aufhebung des Belagerungszustandes zu beweisen, daß man dem deutschen Volk das Vertrauen entgegenbringt, auf das es sich durch seine Leistungen und sein Verhalten Anspruch erworben hat, duldet man die Ausbreitungen der Zensur und überliefert damit die Presse der Willkür des Zensors. (Sehr richtig!)

Dies alles erfüllt die weitesten Ansprüche unseres Volkes mit Zorn nicht nur, sondern mit

Nüchternheit und Erbitterung.

Es ist unsere Pflicht, dieser Stimmung deutschen Ausdruck zu geben und auf eindringliche gegen diesen Kurs der inneren Politik Einspruch zu erheben. Wir fordern, daß dem Volk, das für diesen schweren Krieg so Gewaltiges geleistet hat, in der Entwicklung von Recht und Freiheit, sowie in der Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse endlich ein weiteres Entgegenkommen bewiesen wird. Da die Regierung es bisher daran fehlen ließ, ergibt sich auch für uns hieraus die Schlußfolgerung, den Etat abzulehnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Es folgt die

erste Lesung der Kriegsanleihevorlage.

Staatssekretär Graf Rüdern: Ich habe die Ehre, Sie um die Bewilligung dieser neuen Kredite zu bitten. Der letzte Kredit ist von Ihnen vor sechs Monaten bewilligt worden. Die Kriegskosten hatten sich auf monatlich zwei Milliarden. Sie sind in den letzten Monaten unter dieser Summe geblieben. Wir sehen auf allen Kriegsschauplätzen das Vordringen unserer Truppen. Bei Verdun sehen wir das siegreiche Vordringen. Trotz des großen Munitionsverbrauchs sehen wir, wie sparsam und ordentlich gewirtschaftet wird. Wir werden auch künftig mit dem Betrage von monatlich zwei Milliarden auskommen. Aus diesen Erwägungen heraus erbitte ich den Kreditbetrag im Betrage von 12 Milliarden, die für weitere sechs Monate reichen dürften. Die verbündeten Regierungen verdienen durchaus nicht das Maß der Anforderung, das wieder an Ihre Bewilligungsfähigkeit und an die Opferwilligkeit des gesamten Volkes gestellt wird. Unsere Kriegsausgaben reichen bei weitem nicht an das heran, was die Gegner für den Krieg ausgeben. Wir werden die Kasse erst herausbringen, wenn die hoffentlich gute Ernte geerntet ist. Die bisherigen Anleihen waren reine Volksanleihen. Zu neun Zehntel sind sie vom Volke aufgenommen worden. Das hat sein mit uns im Kriege freudiges Blut fertig gebracht. Kaum 6 Prozent der eingezahlten Beträge fallen auf die Darlehensbanken, ein Beweis dafür, auf welcher reellen Grundlage unsere Kriegsanleihe wirtschaftlich beruht. Die Reichsfinanzen ruhen auf gesunder Grundlage. Die Finanzinteressen der Einzelstaaten und der Kommunalverbände sind daneben dringend zu wahren. Zur Kriegführung gehört Geld und nochmals Geld. Aber die Finanzverwaltung kann dieses Geld nur beschaffen, wenn die Kriegsführung gesichert, und daß diese Voraussetzung vorhanden ist, danken wir unserem Heere und unserer Marine. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Landsberg (Sog.): Die Hoffnung, daß weitere Kriegsanleihen von uns nicht mehr gefordert werden würden, hat uns getäuscht. Wir haben alle den schlichten Wunsch nach Frieden und wir werden niemanden zurückstoßen, der ihn fordert, einen Mann, der Friedensverhandlungen anbahnen will mit groben Worten zu verhöhnen, gestatten uns unsere Grundzüge nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Scheitern, die von den Politikern eingeschlagen werden, müssen selber von den Vätern bezahlt werden. Der Krieg darf nicht bis zum Zusammenbruch der Kultur geführt werden, wir wollen ein

selbständiges politisches und wirtschaftliches Leben

führen, das ist unser Kriegsziel und wir wissen uns darin eins mit der großen Masse des Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es hängt ausschließlich von unseren Gegnern ab, wann die Verhandlungen beginnen sollen. Kein deutscher Staatsmann wird zur Vorbereitung solcher Verhandlungen machen, daß die Gegner sich für bester erklären; einen solchen Staatsmann würden wir auf das schärfste bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fremdes Land und deutsches Gut wollen wir nicht in eine Gleichung bringen, das Blut deutscher Volksgenossen steht uns zu hoch im Werte, als daß wir es für noch so ausgedehnte Landgebiete eingeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dafür, daß Deutschland gesichert ist und sich wirtschaftlich entfalten kann, setzen wir uns ein, nicht dafür, daß Deutschland auf einer unübersichtlichen Reihe von Schlachtfeldern liegt, um auf dem letzten selbst zusammenzubrechen. Dieses unser Kriegsziel ist noch nicht erreicht und deshalb stimmen wir der Vorlage zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kaas (Sog. A.): Wir betrachten die Tragödie des Weltkriegs von dem Standpunkt unserer sozialistischen Grundzüge und richten danach unser parlamentarisches Verhalten ein. Wir sind und bleiben

Gegner des Imperialismus

und wir denken nicht daran, die imperialistische Politik durch unsere Abstimmung irgendwie zu unterstützen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Zerstörung von Gütern und Menschenleben in diesem Kriege übertrifft alles, was die kühnste Phantasie jemals ausgemalt hat. Auf den Schlachtfeldern verbluten hunderte Tausende, im Innern wachen die Leiden und Entbehrungen. Und da fordert man von uns einen neuen Kriegskredit von 12 Milliarden. Die Masse des Volkes aber wünscht Frieden und der Frieden kann nur kommen, wenn wir den

christlichen Willen des friedlichen Zusammenlebens

mit den anderen Völkern unter Ablehnung aller Annerkennung zeigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter insbesondere wollen ihre internationalen Beziehungen für die Zukunft noch fester knüpfen, um wirksamer als in der Vergangenheit der Völkerverehrung liberal entgegenzutreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kein Friedensvermittler darf bei uns schiel angesehen werden, jede Vermittlung aus neutralen Ländern ist uns willkommen, die Hauptaufgabe aber haben die beteiligten Völker selbst zu leisten. Die Rassen tragen nicht nur den Hauptteil der ungeheuren Blutopfer, sondern ihnen sollen auch nach dem Friedensschluß, wie die gestern angenommenen Steuerentwürfe zeigen, die Hauptopfer an materiellen Gütern aufgebürdet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus grundsätzlichen Erwägungen haben wir den Hauptetat abgelehnt, um so mehr lehnen wir diesen noch viel schwerwiegenden Kreditetat ab. Im Jahre 1911 beantwortete Welch eine Friedensadresse der englischen Arbeiterpartei an die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit folgenden denkwürdigen Worten, die uns immer unvergänglich bleiben: „Die Arbeiterklasse, die auf dem Schlachtfelde der Industrie und des Aders Jahr für Jahr ungezählte Gefallenen an Menschenleben opfern muß im Interesse ihrer Ausbeuter, trägt kein Verlangen, auch nach den imperialistischen Geizhalsen ihrer herrschenden Klassen zuliebe noch viel größere Opfer zu bringen. Wenn die bürgerlich-kapitalistische Welt nicht mehr ohne Völkermassenschlachterei bestehen kann, dann ist es Zeit, daß sie einer anderen sozialen Ordnung Platz macht, in der Friede, Freiheit und menschliches Glück nicht mehr der Wier einer Minderheit nach immer größerer Macht und immer größerem Reichtum geopfert werden.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Das deutsche Volk wird sich finden müssen damit, daß es Leute gibt mit einer solchen Meinung, die den Kampf gegen die Gesellschaftsordnung höher stellen, als den Kampf gegen den äußeren Feind. Herrn Kaas ist die Partei des imperialistischen Völkertums und würde, wenn er Bedenken hätte, damit diejenige Englands fördern.

Abg. Kaas (Sog. A.): Richten Sie diese Worte an die geeignete Stelle. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die bedauerliche Angelegenheit des Staatssekretärs Helfferich gegen die linke Seite dieses Hauses verrät das Bestreben, sich an gewisser Stelle bemerkbar zu machen, zeugen aber nicht von Verständnis für die großen Fragen, die uns erfüllen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Anschauungen stehen nicht im Widerspruch mit dem Wunsch, die Existenz des Deutschen Reiches aufrechtzuerhalten, freilich auch die Existenz aller anderen Staaten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär in überhebendem Ton gegen eine Partei dieses Hauses, während er selbst, obwohl er aus den Kreisen des Finanzkapitals kam, nicht die Fähigkeit zeigte, dem deutschen Volk eine wirkliche Finanzreform zu geben. Er hat kein Recht von der Bedeutung und Unbedeutendheit eines anderen Mannes zu reden, an politischer Bedeutung und Weitsicht kann es sehr viele Abgeordnete mit ihm aufnehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kredite werden gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Fraktion genehmigt (Beifall), ebenso in zweiter und dritter Lesung.

Es folgt die Beratung der

Ernährungsfragen.

Abg. Graf Bötticher berichtet über die Verhandlungen in der Kommission. Die dort beratenen Anträge, die sich auf den Beschäftigungsplan des neuen Erntejahres beziehen, sollen dem Reichslandwirtschaftsminister vorgelegt werden, damit sie im parlamentarischen Beirat für Ernährungsfragen vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Beratung gestellt werden können. Ein weiterer Teil der Anträge soll dem Reichslandwirtschaftsminister als Material übergeben werden. Diese beziehen sich auf die Verordnungen für Landwirte, Landarbeiter und Hauswerker zur Arbeitsstellung, Ueberlassung von Kriegsgewinnungen in Landarbeiten, Abbruch von Wild, die Hagerpreiserhöhung usw. Der Redner geht ausführlich auf alle Anträge ein und führt dabei aus, daß das deutsche Volk jetzt über die kritischste Zeit seiner Ernährung hinaus sei, da diese bis zur neuen Ernte gesichert sei. Der vormalige Beschäftigungsplan Englands sei zu spät gekommen worden. Bei der Butterkalamität trägt die unrichtige Verteilung die Schuld an den Annehmlichkeiten, die wie nichts anderes bitter auf die Bevölkerung wirken. Ungünstiger werden die Ernährungsverhältnisse nicht, da die letzte Ernte ungünstig war, da andauernd an der Organisation gearbeitet und das Ziel mehr oder mehr erreicht wird, die Organisation zu verbessern. Unsere Feinde mögen, aus dem entnehmen, daß wir entschlossen sind, auf lange Sicht die Verhältnisse, wenn es nötig ist, zu regeln. Wir sind entschlossen, uns gegen den Hungerkampf zu wehren, auf lange Zeit zu wehren. Wir sind auch dazu imstande. Um unserer Ernährung willen braucht der Kampf seinen Tag früher beendet zu werden, als es nach den militärischen Erfolgen erwünscht ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Weyinger (Zenit.) wendet sich gegen Stadtverordnungen, die eine Nationalisierung einführen, als die Not vor der Tür steht. Wir haben die feste Zuversicht, daß das Reichslandwirtschaftsamt dazu beitragen wird, daß die Ernährung mehr als bisher in einer Hand konzentriert sein wird. Das Reichslandwirtschaftsamt muß auch für Nahrungsmittel sorgen, damit es nicht zu einem Verhungertum wird. (Sehr gut!) Dieser Bestand an eigentümlicher Sorglosigkeit in der Abschaffung von Nahrungsmitteln haben wir die Monate der Entbehrung. In erster Linie muß die ordentliche Versorgung unserer Truppen sichergestellt werden. (Beifall.) Die vielen kleinen Wirtschaften haben ein Krebsgeschwür der Landwirtschaft. Die Selbstausfuhr nach dem Süden muß gestoppt werden, wie eine großzügige Veranordnung des Obstes und Gemüse notwendig ist. Der Ruderer muß mehr als bisher zur Verfügung gestellt werden. Tausende von Vikten frischer Milch können repariert werden, wenn auch in Norddeutschland in Kaffeehäusern nur konzentrierte Milch verabreicht werden würde. Gegen jeden Lebensmittelmisbrauch muß mit einschneidenden Strafen vorgegangen werden. Dabei gehört namentlich der Schwindel mit sogenannten Auslandswaren.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Sog.): Herr Batodi ist ein preußischer Junker. Aber nicht nach seiner Gesinnung, nach seinen Taten werden wir ihn beurteilen und werden zunächst wohlwollender Neutralität einnehmen. (Heiterkeit.) Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten wird die Durchführung der Reichsfinanzreform und die Beseitigung der Ausfuhrverbote in den Einzelstaaten unter Durchführung einer

einheitlichen Verteilung über das ganze Reich

sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Stämme die draußen in Not und Tod vereint kämpfen, sich dabei um Nahrungsmittel streiten, ist eine der widerwärtigsten Ueberbleibsel der alten Kleinanarchie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Strafen für den Wucher sind äußerlich gering. Woher nehmen wir angesichts solcher Vorgänge, deren Zeugen wir wiederholt gewesen sind, noch den Mut, über die struppellose amerikanische Ausbeuter und ihre Kriegslieferungen zu sprechen? Sie deuten doch nur fremde Völker aus, die deutschen Kapitalisten aber das eigene Volk. (Vizepräsident Dr. Kaas: Ich bitte, solche schmerzhaften Ausdrücke zu unterlassen.) — Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Abg. Geber wird zur Ordnung gerufen, weil er dem Präsidenten zugerufen hat: Sie unterstützen den Wucher. Wie soll das Volk noch an Gerechtigkeit glauben. Erst nach dem Kriege werden wir erfahren, welche ungeheuerlichen stiftlichen Werte im Volk gerührt worden sind. Die Not trifft nur einen Teil der Bevölkerung. Wer das nötige Geld hat, kann noch genau so leben wie früher. Die Massenengstände treten bei der Ernährung schon in der Erscheinung. Es sind

vom Tische des Reiches die Lederbissen

nach nicht verschmähen, auf dem Tische des Armen aber fehlt selbst das Brot. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Ernährung der Landbevölkerung müßte in die allgemeine Nahrungsgesetzgebung fallen. Die Produzenten schonen man, aber nach der Stimmung der Konsumenten fragt man nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unverträglich ist es, wenn immer diejenigen, denen das Durchhalten nicht die geringsten Anstrengungen erspart, vom Durchhalten reden. Die Situation ist weit ernster, als sie scheint. Die ärgsten Schreier gegen den Wucher sind heute an anderer Stelle des Wirtschaftslebens die schlimmsten Ausbeuter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei so vielen Milliarden für Kriegszwecke sollten auch einige Milliarden für die Volksernährung abfallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft bei der Kriegszeit, den wirksamsten Anschauungsunterricht erteilt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die

Ernährungspolitik Schiffbruch gelitten

hat, so ist das die Schuld der Regierungen und der bürgerlichen Parteien, vor allem die Schuld Preußens. Es gibt keine Klasse, die mehr auf den Bürgerkrieg pfeift, als der Junker. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dreifachentschlossenheit, Einschränkung jeder politischen Freiheit, dafür aber Vertiefung von Not und Notleid, das will der Junker. Die Krawalle, die heute gefeiert haben, bedeuten sicherlich keine Revolution; diese Hoffnungen des Auslandes muß beseitigt werden; aber Warnungen sind die Notwendigkeit. Noch ist es Zeit, Herr Staatssekretär! Sorgen Sie dafür, daß Ruhe im Lande bleibt! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß siehe Beilage.)